



Das Kreuz im Schweizer Wappen weist darauf hin, dass unser Land seine zentralen Werte dem Christentum verdankt

«Gott im hehren Vaterland»

Die christliche Religion prägt unsere Gesellschaft

■ HANSPETER HUGENTOBLER, GEMEINDERAT UND SCHULPRÄSIDENT, PFÄFFIKON, VIZEPRÄSIDENT EVP KANTON ZÜRICH

Ohne Religion würde die Gesellschaft besser funktionieren, finden viele. Dabei wird übersehen, dass zentrale Werte der Schweiz im Christentum verankert sind.

«Trittst im Morgenrot daher, seh ich dich im Strahlenmeer, dich, du Hoherhabener, Herrlicher! Wenn der Alpenfirn sich rötet, betet, freie Schweizer, betet! Eure fromme Seele ahnt: Gott im hehren Vaterland» – diesen «religiös gefärbten» Text der Nationalhymne findet Lukas Niederberger, Geschäftsleiter der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, überholt. Deshalb wurde nun ein Künstlerwettbewerb ausgeschrieben: «Wir suchen eine Nationalhymne, welche unsere Werte lobt: Freiheit, Demokratie, Unabhängigkeit, Frieden und Offenheit».

«Jesus Christus stellte die Welt auf den Kopf mit der Botschaft von Gottes Liebe für alle Menschen»

«Wozu brauchen wir das Christentum?» Die Motion eines Ständerats verlangt, dass Religionen zu einem «allgemeinverträglichen Mass» bei ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit verpflichtet werden. Ein Vorstoss, der die intolerante Verdrängung aller Religiösen – gerade auch des öffentlich gelebten Christseins – beschleunigen und die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit zu Fall bringen könnte. Dabei geht vergessen, wieviel wir dem Christentum verdanken. Genauer gesagt: Jesus Christus stellte die Welt auf den Kopf mit der Botschaft von Gottes Liebe für alle Menschen. Er

machte deutlich, dass es nicht auf Nationalität, Herkunft, Status oder Geschlecht ankommt, sondern dass in den Augen Gottes jeder Mensch wertvoll ist. So wertvoll, dass er als Sohn Gottes es auf sich nahm, dafür zu sterben. Die Nachfolgerinnen und Nachfolger von Jesus setzten alles daran, seine Massstäbe im Alltag zu leben. Zum Beispiel im Umgang mit Kindern: Während man in der Antike ungestraft Kinder aussetzen oder töten konnte, vor allem wenn sie behindert waren oder das «falsche» Geschlecht hatten, waren für Christen alle Kinder wertvoll. Themen wie Menschenwürde, Menschlichkeit, Barmherzigkeit, Vergebung und Gleichberechtigung wurden wichtig. Christen kümmerten sich um die Ausgestossenen, Behinderten, Kranken und Seuchenopfer – und da, wo Kirchen gebaut wurden, entstanden auch Spitäler.

Die Christen wollten Gott von ganzem Herzen und mit dem Verstand lieben – und Neues von ihm und seinen Naturgesetzen entdecken. Als Folge davon wurde auch Forschung, Bildung und Lernen mit Engagement praktiziert, und die Klöster wurden über Jahrhunderte zu Zentren des Wissens. Ihre Überzeugungen brachten Christen in künstlerischer Form zum Ausdruck und prägten Malerei, Architektur und Musik. Später gründeten Christen Schulen und Universitäten und schufen damit die Grundlage der heutigen Wissensgesellschaft.

Wir tun gut daran, zu realisieren, dass auch heute noch Menschen mit christlichen Werten die Gesellschaft beeinflussen.

EDITORIAL



Markus Schaaf
Kantonsrat,
Rämismühle/Zell

Liebe Leserin, lieber Leser

Staat und Kirche haben unterschiedliche Aufgaben. Der Staat sorgt mit Gesetzen und Regeln für Ordnung, Schutz und Sicherheit. Aber wenn es um den ganz persönlichen Kontakt von Mensch zu Mensch geht, kommt der Staat an seine Grenzen. Er kann Kindern kein Vorbild sein, Sterbenden keine Hoffnung vermitteln und Menschen in Trauer nicht trösten. Mit seiner Gleichbehandlung wird der Staat oft unmenschlich. Dort wo der Staat an seine Grenzen stösst, kann die Kirche ihre wirkliche Stärke entfalten, in der Begleitung und Unterstützung von bedürftigen Menschen. Dietrich Bonhoeffer hat den Auftrag einst mit Worten beschrieben: «Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist. ... Sie muss an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilnehmen, nicht herrschend, sondern helfend und dienend.» Ich engagiere mich gerne als EVP-Politiker für einen Staat, der den Menschen Sicherheit gibt und ich engagiere mich gerne in einer Kirche, die den Menschen nahe sein will.

NEIN zur Mindestlohn-Initiative

Erfolgsmodell Schweiz nicht mit staatlichen Eingriffen gefährden



Maja Ingold
EVP-Nationalrätin
Winterthur

Eine Volksinitiative, welche die Armut bekämpfen will, darf die Erwerbsquote nicht gefährden und darf zudem auch die Flexibilität der Arbeitgeber nicht über Gebühr strapazieren. Die Mindestlohn-Initiative blendet diese Mechanismen völlig aus und gefährdet dadurch das Erfolgsmodell Schweiz. Sie ist deshalb kein Erfolg versprechendes Rezept.

Die Volksinitiative «für den Schutz fairer Löhne» (Mindestlohn-Initiative) verlangt für alle Erwerbstätigen einen Mindestlohn von CHF 22 pro Stunde, was einem Monatslohn von CHF 4'000 entspricht. Das tönt gut und erweckt den Eindruck, die Armut lasse sich mit einem einfachen Mittel bekämpfen. Bei näherer Betrachtung erweist sich die Initiative jedoch als Bumerang.

Die Armutsquote ist bei Nichterwerbstätigen sehr viel höher als bei Erwerbstätigen, nur 13% sind überhaupt Lohnempfänger. Den übrigen 87% nützt der Mindestlohn nichts.

«Bei näherer Betrachtung erweist sich die Initiative als Bumerang.»

Dazu kommt: Keine Arbeit zu haben ist viel schlimmer als eine schlecht bezahlte Arbeit. Es lohnt sich, unter diesem Aspekt die Auswirkungen der Initiative auf den Arbeitsmarkt etwas genauer anzuschauen:

- Wenn die unqualifizierte Arbeit teurer wird, führt dies unweigerlich zu Rationalisierungen

gen und damit zum Abbau von Stellen. Statt einer schlecht bezahlten haben dann viele gar keine Arbeit mehr.

- Als logische Folge eines Lohndiktats nimmt die Schwarzarbeit zu. Die Erfahrung zeigt, dass der Staat nicht in der Lage ist, diesen parallelen Tieflohn-Markt zu kontrollieren.
- Jugendliche mit geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt können kaum noch motiviert werden, eine Berufslehre zu absolvieren. Weshalb sollen sie sich 4 Jahre lang mit einem Lehrlingslohn zufrieden geben, wenn sie sofort CHF 4'000 verdienen können? Wenn wir es nicht schaffen, diesen jungen Leuten eine Perspektive zu geben, bleiben sie zeitlebens vom Staat abhängig.
- Ausgesteuerte Langzeit-Arbeitslose werden von keinem Arbeitgeber für CHF 4'000 angestellt. Gerade für sie, die das grösste Problem bei der Armutsbekämpfung bilden, bietet die Mindestlohn-Initiative keine Perspektive.

Die EVP hat aus diesen Gründen mit 86 zu 40 Stimmen Ablehnung der Initiative beschlossen.



Wie weiter, wenn das Konto leer ist?

IN KÜRZE

Kriegsmaterialexporte

Der Nationalrat hat mit Stichentscheid des CVP-Ratspräsidenten einer Lockerung der Kriegsmaterialexporte zugestimmt. Damit können auch Länder beliefert werden, welche die Menschenrechte verletzen. Die EVP ist schockiert, wie das Parlament ethische und humanitäre Prinzipien opfert.

Masseneinwanderung

Seit dem Ja vom 9. Februar zur Initiative beherrscht das Thema die politische Agenda. Die EVP setzt sich für eine Fortführung des bilateralen Weges ein.

Politische Rechte

Mit 121 zu 55 Stimmen wurde ein Antrag von Nationalrätin Marianne Streiff angenommen, welcher bewirkt, dass die im Parlament vertretenen Parteien bei den Nationalratswahlen künftig keine Unterschriften für ihre Wahlvorschläge sammeln müssen. Eine spürbare Erleichterung für die EVP!

Suizidprävention

Beide Räte haben einer Motion von Nationalrätin Maja Ingold zugestimmt. Nun muss der Bundesrat einen Aktionsplan zur Suizidprävention vorlegen und dabei bei den Hauptrisiken Depression und soziale Isolation ansetzen.

Spital-Arbeitszeiten

Mit einer Motion beauftragt die EVP den Bundesrat, die Einhaltung des Arbeitsgesetzes in den Spitälern kontrollieren zu lassen. Eine Untersuchung im Kanton Bern habe ein erschreckendes Bild ergeben.

ANZEIGE

Ferienreisen

Mit christlicher Reisebegleitung. Damit auch nach den Ferien noch die Sonne scheint.

Beispiel 1

Familienferien Rosas, Spanien

Fr 11.07. – So 20.07. Starkes Programm für die Kinder und Erholung pur für die Eltern. Weitere Angebote für Familien: Montafon, Italien und Kroatien

Beispiel 2

Kulturreise Salzburg und Wien

So 07.09. – Fr 12.09. Zwei Städte, die mit viel Charme, Musik, und Architektur begeistern. Weitere Kulturreisen: Bachfest Leipzig/Dresden, Tschechien, Gospelferien

Beispiel 3

25plus Toskana

Fr 26.09. – Sa 04.10. Für Alleinreisende, Paare und Singles ab 25 Jahre. Weitere Angebote für 25plus: Spanien, Finnische Seenplatte, Kroatien

Beispiel 4

Israel Erlebnis-Tour

Mo 13.10. – Fr 24.10. Ins Zentrum der Weltgeschichte mit Israel-Kenner Hanspeter Obrist. Weitere Erlebnisreisen: Kanada-USA, Tschechien, Süd-Marokko etc.

Herbstferien zu Top-Preisen

Im «Surprise Feriendorf» in Šibenik, Kroatien. Für Familien, Teenager, 25plus und Einzelgäste. Anreise mit Bus, Flug oder Auto. Flexible Reisettermine im Zeitraum vom 24.09. – 15.10.2014

Viele weitere Angebote findest du in unserem Ferienkatalog oder online unter www.surprise-reisen.ch

Surprise Reisen AG, 8580 Sommeri
Telefon 071 414 50 80

Surprise

www.surprise-reisen.ch

STIMMFREIGABE zum Gripen

NEIN zum absoluten Berufsverbot für Pädophile – **JA** zur Hausarztmedizin

■ PETER SCHÄPPI, EVP WÄDENSWIL



Die Lufthoheit soll neu vom Gripen gehalten werden

STIMMFREIGABE zum Gripen-Fonds-Gesetz Die EVP hat sich den Entscheid über die Beschaffung von 32 schwedischen Gripen-Kampfflugzeugen für die Schweizer Armee nicht leicht gemacht. Zugunsten des Beschaffungskredits von CHF 3,1 Mrd. wurde auf die Bedeutung der Erhaltung der Lufthoheit verwiesen. Gegen die Beschaffung im heutigen Zeitpunkt wurde geltend gemacht, dass die Armeeform noch offen sei und mit dem teuren Ankauf von Kampfflugzeugen die Prioritäten falsch gesetzt würden. Da die Befürworter an der EVP-Delegiertenversammlung nur mit 2 Stimmen Vorsprung gewannen, drang ein Antrag auf Stimmfreigabe mit grossem Mehr durch. Für ihren Entscheid über ein JA oder ein NEIN zum Gripen können sich die Stimmberechtigten daher nicht an einer EVP-Parole orientieren.

NEIN zum lebenslangen Berufsverbot für Pädophile Wer wegen Sexualdelikten an Kindern verurteilt worden ist, soll mit einem unwiderruflichen Berufsverbot für eine Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen belegt werden. Kein Zweifel, unsere Kinder müssen vor Pädophilen geschützt werden. Die Initiative geht aber zu weit, wenn sie ohne Ausnahme ein lebenslanges Berufsverbot verlangt und damit Fälle wie eine Jugendliebe erfasst. Mit einer Gesetzesänderung haben die Eidgenössischen Räte einen überzeugenden indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Demnach muss im Einzelfall entschieden werden, ob ein lebenslanges Berufsverbot angemessen ist oder ob eine andere Massnahme sich besser eignet. Die EVP erachtet den Gegenvorschlag als gelungen und vertraut den Gerichten, dass sie ihr Ermessen sachgerecht einsetzen. Sie sagt deshalb NEIN zur Initiative.



Für den Schutz vor Pädophilen genügt das verschärfte Strafgesetz



Hausärzte brauchen mehr als nur Sympathiebekundungen

JA zur Hausarztmedizin Hausärzte sind für die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung äusserst wichtig. Dennoch gibt es immer weniger junge Ärzte und Ärztinnen, die eine Hausarzt-Praxis übernehmen wollen. Die Hausärzte lancierten deshalb eine Volksinitiative, mit der sie ein hausarztfreundlicheres Tarifsysteem und weitere Verbesserungen forderten. Das Parlament ist ihren Anliegen mit einem Gegenvorschlag so weit entgegen gekommen, dass sie ihre Initiative zurückziehen konnten. Abgestimmt wird nur noch über den Gegenvorschlag, der von keiner Seite ernsthaft bestritten ist. Die JA-Parole der EVP erfolgte einstimmig.

STIMMFREIGABE zum Alkohol-Werbeverbot auf Sportplätzen

EVP-Delegierte erachten regierungsrätliche Massnahmen als genügend

■ HANSRUEDI KOCHER, STATTHALTER, HITTAU

Es war ein hartes Ringen um die Parolenfassung für das vom «Blauen Kreuz» initiierte Werbeverbot für alle alkoholischen Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich. Da der Regierungsrat Massnahmen beschlossen hat, welche die Anliegen der Initiative weitgehend erfüllen, fiel den EVP-Delegierten der Entscheid über noch weiter gehende kantonale Vorschriften schwer.

Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich und keine Logos von Bierbauern auf Shirts, Banden, Flyern, Programmheften, Sonnenschirmen und Kühlschränken, das fordert gemäss EVP-Kantonsrat Markus Schaaf die Initiative. Damit geht sie weit über das geltende Gesetz hinaus, welches auf öffentlichem Grund

weiträumig wahrnehmbare Werbung für Alkohol und insbesondere Plakatwerbung verbietet. Auf privatem Grund verlangt die Neuregelung der Regierung zudem ein Alkoholwerbeverbot dort, wo hauptsächlich Minderjährige den Ort oder die Veranstaltung besuchen.

Für die EVP-Delegierten war das Kernanliegen der Initianten, ein Alkohol-Werbeverbot bei Fussball- und Eishockey-Anlässen, unbestritten. Das geltende Gesetz enthält aber bereits ein solches Verbot. Es muss nur umgesetzt werden.

In der Diskussion wurde es in einigen Voten als wenig zielführend bezeichnet, wenn eine Hockey- oder Fussballmannschaft im Kanton Zürich die Werbung abdecken muss, diese aber ausserkantonale und über TV und Internet ungehindert zeigen darf. Andere hingegen wollten ein Signal setzen und die Initiative trotz aller Mängel unterstützen.



Sportstadien sind auch hart umkämpfte Werbemärkte

Die Delegierten entschieden sich schliesslich mit 32 zu 32 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten gegen die Initiative. In der Folge wurde mit 40 zu 24 Stimmen Stimmfreigabe beschlossen.

NEIN zur Kirchensteuerinitiative

Kirchensteuer für Firmen – sinnvoll und gerecht



Kirchen, die das Ortsbild prägen, verdienen auch die Unterstützung des Gewerbes



Peter Ritschard
EVP-Kantonsrat
Zürich

Für die Kirchen sind die Steuern der juristischen Personen ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der diakonischen Aufgaben und zum Unterhalt der Kirchengebäude. Für die Unternehmen fällt die Kirchensteuer kaum ins Gewicht.

Zusammen mit der Unternehmensgewinnsteuer bezahlen die juristischen Personen, insbesondere Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), im Kanton Zürich eine Kirchensteuer. Sie betrifft ca. 1% des ausgewiesenen Gewinns oder weniger als 1‰ des Umsatzes. Grosse Firmen zahlen diesen bescheidenen Beitrag klaglos, weil damit auch Projekte finanziert werden, die der Wirtschaft dienen. So werden z.B. Menschen unterstützt, die aus dem Arbeitsprozess herausgefallen sind, oder Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen.

Kleine Firmen tun sich mit der Kirchensteuer schwerer. Wer ein Einzelunternehmen führt, be-

zahlt zwar die Kirchensteuer nur für die Kirche, der er angehört. Wer aber für sein Gewerbe eine juristische Person einsetzt, hat diese Wahlfreiheit nicht, profitiert dafür aber von allen Vorteilen wie dem Konkursprivileg, die sie ihm bietet. Den Fünfer und das Weggli gibt es nicht. Seit der Revision des Kirchengesetzes vor 7 Jahren darf die Kirchensteuer aber auch nicht mehr für kultische Zwecke wie Gottesdienste oder Pfarrlöhne eingesetzt werden. Sie dient nur der Mitfinanzierung der sozialen Aufgaben der Kirchen, für die sonst in vielen Fällen der Staat einspringen müsste.

Die Kirchen können für die Erfüllung ihrer sozialen Dienste auf die Mitarbeit vieler Freiwilliger zählen. Auf jede Stunde Arbeit, die von den angestellten Mitarbeitern der Kirchen geleistet wird, entfällt eine Stunde Freiwilligenarbeit. Muss der Staat diese Aufgaben übernehmen, entfällt das persönliche Engagement und werden diese Dienste erheblich teurer. Die Steuererträge der juristischen Personen sind in den Landeskirchen (Ev.-ref. Landeskirche und Röm.-kath. Körperschaft sowie Christkath. Kirche und 2 jüdische Gemeinden) gut angelegtes Geld.

«Auf jede Stunde bezahlte Arbeit in den Kirchen entfällt eine Stunde Freiwilligenarbeit. Muss der Staat diese Aufgaben übernehmen, entfällt das persönliche Engagement und werden diese Dienste erheblich teurer.»

Das Bundesgericht hat alle Angriffe auf die Steuerhoheit der Landeskirchen seit 130 Jahren konsequent abgewehrt. Zu einer liberalen Gesellschaft gehört nicht zuletzt auch der Schutz der Schwachen. Dieser Schutz ist Bedingung dafür, dass eine Gesellschaft in Selbstverantwortung und Eigeninitiative funktioniert. Die Kirchensteuer für juristische Personen gehört zu diesem erfolgreichen Gesellschaftsmodell und kann daraus nicht ohne Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt herausgebrochen werden.

Die EVP lehnt die Kirchensteuerinitiative (Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe») einstimmig ab und ist im Abstimmungskomitee der Gegner prominent vertreten.

ANZEIGE

ALLA fonte
hotel & tagungshaus

EINE PERLE AN DER QUELLE
Südliches Ambiente im schönen Markgräflerland
Herzliche Gastlichkeit und persönlicher Service
Unzählige erlebnisreiche regionale Attraktionen
Thermalbad Vita Classica nur 300m entfernt
Wir freuen uns auf Sie!

Alla-Fonte
D-79189 Bad Krozingen
Tel. + 49 (0)7633 / 80691-0
rezeption@alla-fonte.de
www.alla-fonte.de

livenet.ch DAS WEBPORTAL VON SCHWEIZER CHRISTEN

NEWS ■ STELLENMARKT ■ ADRESSEN ■ GRATIS E-MAIL ■ VIDEO ■ COMMUNITY ■ SINGLES ■ LEBENSHILFE

News
Aktuelle Nachrichten aus christlicher Sicht

Wettbewerb
Mitmachen und Gewinnen!
Gewinnen* Sie ein iPad mini (Wifi) oder ein Wochenende für 2 Personen in einer originalen Jurte oder einen der Büchergutscheine!

* Die Verlosung findet Ende Dezember 2014 statt. Keine Barauszahlung der Preise, der Rechtsweg ist ausgeschlossen, die Gewinner werden von Livenet informiert.

Jesus.ch-Print abonnieren
Um Jesus.ch-Print 4x zu erhalten, senden Sie ein SMS an **339** mit dem Text: **jesus 20** (Abo CHF 20.-/Jahr)

Grundkenntnisse über das Christentum für alle

Das Christentum soll im Lehrplan 21 wie im Kanton Zürich gut verankert werden

■ HANSPETER AMSTUTZ, ALT EVP-BILDUNGSRAT, FEHR-ALTORF, UND RUTH KLEIBER, EVP-KANTONS RÄTIN, WINTERTHUR

Im Lehrplan des Kantons Zürich ist im Fach Religion und Kultur das Christentum gut verankert. Das Kennenlernen zentraler biblischer Inhalte, welche unsere abendländische Kultur prägen, gehört zum Grundstoff der Primarschule, während die andern Weltreligionen erst auf der Oberstufe ausführlicher thematisiert werden.

Ganz anders sieht das gleiche Fach im neuen Schweizer Lehrplan aus. Christliche Inhalte bilden in der Primarschule keinen Schwerpunkt mehr, vielmehr sollen Inhalte aus allen Religionen von Anfang an vermittelt werden. So fehlen Hinweise auf biblische Texte wie Gleichnisse oder zum Leben Jesu, was mit der Kompetenzsteuerung des Lehrplans allein nicht begründet werden kann.

Gerade in religiös heterogenen Klassen ist es wichtig, dass alle Kinder wissen, welche Bedeutung die christlichen Feiertage bei uns haben und was für spannende Geschichten sich in der Bibel finden. Eine Verankerung dieser Inhalte im Lehrplan ist eine wichtige Voraussetzung, dass christliches Kulturgut im Unterricht weiterhin seinen berechtigten Platz hat.

Die Schule hat dabei nicht den Auftrag, einen bekennenden Religionsunterricht einzuführen. Der Respekt gegenüber Kindern aus andern Religionen verlangt, dass die Lehrpersonen mit Taktgefühl über religiöse Fragen sprechen. Das neu konzipierte Fach bietet dafür ausgebildeten Klassenlehrpersonen eine ausgezeichnete Chance, bei den Kindern ein positives Bild unserer Religion und ihrer Wertvorstellungen zu vermitteln.

BEHÖRDENMITGLIED



Sandra Rottensteiner

Gemeindepäsidentin Urdorf

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... mir die Erhaltung der Lebensqualität unseres familienfreundlichen Urdorfs wichtig ist
- ... ich mich für die Region Limmattal in verschiedenen Gremien einsetzen kann
- ... ich so Einfluss auf die weitere Entwicklung habe

Die Ursachen unseres Wohlstandes hinterfragen

EVP Affoltern verlangt Solidarität bei «Rohstoffmillionen»



Daniel Sommer
Präsident EVP
Affoltern am Albis

In Affoltern am Albis hat ein überparteiliches Komitee die Initiative «Rohstoffmillionen – Affoltern handelt solidarisch» lanciert. Die EVP hat sich aktiv im Initiativkomitee engagiert.

Der Börsengang von Glencore hat Millionen in die Kasse des Kantons gespült. In der Folge haben viele Zürcher Gemeinden davon profitiert. Bei näherem Hinsehen, wie Glencore ihre Gewinne erzielt, ist jedoch bei vielen ein Unbehagen entstanden. Die Initiative hatte zum Ziel, etwas von diesem unerwarteten Geldsegen jenen Menschen zurückzugeben, welche von den negativen Folgen des Rohstoffabbaus betroffen sind. Dass die Initiative in der Gemeindeversammlung mehrheitsfähig war, hat viele überrascht. Aber zu offensichtlich ist die proble-

matische Sachlage im Zusammenhang mit der Förderung von Rohstoffen. Ein Dokumentarfilm über eine Kupfermine in Sambia, der anlässlich eines Informationsabends gezeigt wurde, hat dies schonungslos aufgezeigt. Nur schon die Tatsache, dass der jährliche Schwefeldioxid-Ausstoss bei dieser einzigen Mine zehn Mal höher ist als in der ganzen Schweiz, gab zu denken. Dem Initiativkomitee ist es gelungen, die Menschen über Parteigrenzen hinaus dafür zu sensibilisieren: Unser Wohlstand darf nicht auf fragwürdigen Umständen bauen.

VORSTÖSSE IM KANTONS RAT

Impfungen

Peter Reinhard verlangt, dass in Zürcher Apotheken Impfungen gegen die häufigsten Infektionserkrankungen (z.B. Grippe, Masern oder Erkrankungen aufgrund von Zeckenbissen) ohne ärztliches Rezept ermöglicht werden (2013 361)

Windenergie

Gerhard Fischer verlangt zusammen mit Walter Schoch und Peter Reinhard die Erarbeitung von Grundlagen für die Nutzung der Windenergie im Zürcher Oberland. Für Entscheide fehlen die Beurteilungskriterien (2014 018)

Naturschutz

Gerhard Fischer verlangt eine Erhöhung von 2 Mio. Franken im Budget für Naturschutzmassnahmen. Diese Arbeiten sollen kontinuierlich weitergeführt werden und nicht dem Spardruck zum Opfer fallen (2014 042)

Pflegeheimliste

Markus Schaaf fordert eine Überarbeitung der Bedingungen zur Aufnahme oder zum Verbleib in der Zürcher Pflegeheimliste. Gegenwärtig müssen aufgrund der fehlenden klientenbezogenen Anforderungsdifferenzierung wegen

der Bewilligungspraxis erhebliche Kosten ohne Gegenwert investiert werden (2014 057)

«The Circle»

Peter Reinhard stellt kritische Fragen zum Universitären Gesundheitszentrum des Universitätsspitals Zürich im «The Circle» am Flughafen Zürich-Kloten. Insbesondere stellt sich die Frage, ob die bisherige Versorgung nicht genügt hat und ob mit der Verlegung die Gesundheitskosten in die Höhe getrieben werden (2014 079)

(pr) Details:www.kantonsrat.zh.ch

Gemeindewahlen – EVP im Wechselbad

Gewinne in den Exekutiven – 6 Verluste in den Parlamenten

■ PETER REINHARD,
EVP-GESCHÄFTSFÜHRER UND KANTONS RAT, KLOTEN

Die Resultate der Gemeindewahlen haben bei der EVP ein Wechselbad der Gefühle ausgelöst. Stadt Zürich: Am Wahltag 5-Prozenthürde punktgenau geschafft. Einige Tage später Nachzählung, es fehlen 2 Listen, 3 Sitze weg. Umgekehrt in Bülach: Mark Eberli wird Stadtpräsident und EVP gewinnt zusätzlichen Gemeinderatssitz.

In der Vergangenheit zeichnete sich die EVP durch eine hohe Stabilität aus. In der neuen Parteilandschaft und auch in der Konkurrenz mit der EDU sind vermehrt auch Rückschläge zu verzeichnen. Am 9. Februar litten die EVP-Resultate unter der hohen Stimmbeteiligung (Masseneinwanderungs-Initiative). In Zürich verschwand die EVP ganz aus dem Gemeinderat. Die Absprache mit der EDU, gegenseitig in 2 Wahlkreisen je zugunsten des andern auf die eigene Liste zu verzichten, war zwar richtig, doch wurde das Ziel leider um 2 Listen verpasst. Dazu kamen Verluste in Dietikon (2/-1), Kloten (2/-1) und Opfikon (2/-1). In Adliswil (2), Dübendorf (1), Illnau-Effretikon (2), Schlieren (2), Uster (2), Wädenswil (2) und Winterthur (4) konnte die EVP ihre Sitze dagegen halten. Ganz besonders erfreulich war der Gewinn in Bülach (4/+1), und neu hinzugekommen sind 3 Sitze in Wetzikon, das jetzt Stadt mit Gemeindeparlament geworden ist.

Bei den Exekutivwahlen war die EVP erfolgreich. Mit Mark Eberli stellt die EVP in Bülach neu den «Stapi», und in Wetzikon erzielte Ruedi Rüfenacht im 1. Wahlgang das beste Resultat. Im 2. Wahlgang am 18. Mai hat er gute Chancen, Wetzikons erster Stadtpräsident zu werden. In Unterstammheim mit Martin Schwager und in Urdorf mit Sandra Rotensteiner konnte die EVP ihre Gemeindepräsidien halten. In Dietikon (Heinz Illi), Kloten (Mark Wisskir-

chen) und Wädenswil (Schulpräsident Johannes Zollinger) wurden die EVP-Stadträte wiedergewählt. In Schlieren und Opfikon-Glattbrugg gingen die Sitze der zurückgetretenen EVP-Stadträte verloren, weil kein Ersatz bereit stand.

Auch in den übrigen Gemeinden hat die EVP in den Exekutiven gepunktet: Adlikon b. Andelfingen (Maja Müller), Affoltern a.A. (Markus Gasser, neu), Bachenbülach (Andreas Plath, neu), Bäretswil (Elisabeth Marzorati), Gossau (Daniel Baldenweg),

Obfelden (Christoph Kobel), Pfäffikon (Schulpräsident Hanspeter Hugentobler und Karin Hügli Schweizer), Rümlang (Nadja Giuliani), Rüti (Esther Kaufeld), Weisslingen (Hans Jörg Forster) und Zell (Kurt Nüesch und Regula Ehrismann, neu). In Bauma finden die Gesamterneuerungswahlen (Gemeinde-Zusammenschluss mit Sternenberg) erst Ende 2014 statt. In einer Ersatzwahl verpasste die EVP mit Heidi Weiss den 2. Gemeinderatssitz zumindest vorläufig, sie stellt aber mit Marianne Heimgartner die Gemeindepräsidentin.



Der volle Einsatz des EVP-Güggels hat nicht überall zum Erfolg geführt

BEHÖRDENMITGLIED



Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil...

- ... mir die Entwicklung und die Zukunft der Stadt Dietikon, in der ich mit meiner Familie lebe, sehr wichtig sind
- ... ich mit meiner politischen Arbeit auch christliche Werte einbringen und vertreten kann
- ... ich überzeugt bin, dass Christen sich in der Politik engagieren müssen und damit eine wichtige Aufgabe und Herausforderung annehmen

ANZEIGE

Weinstock-Patenschaft

Das Geschenk für alle, die schon alles haben!



Werden Sie Weinstockpate oder verschenken Sie eine Patenschaft an einen lieben Menschen. Egal ob Hochzeit, Geburtstag, Pensionierung oder einfach so, eine Weinstockpatenschaft ist ein beliebtes Geschenk.

Weitere Infos unter:
www.weinstock-patenschaft.ch oder
079 793 10 05



Seebüel

Hotel • Café • See

CH-7265 Davos Wolfgang
Tel. +41(0)81 410 10 20
www.seebuel.ch



Winter in Davos: Schnee und Gastfreundschaft à discretion.

Hier werden Winterträume wahr: Schneesicheres Wintersportangebot in allen Varianten, traumhaftes Panorama, gastfreundliche Atmosphäre: Winterferien im *** Hotel Seebüel bieten für alle etwas. Bestellen Sie unseren Prospekt!

- familienfreundlich
- alle Zimmer Dusche/WC
- alkohol- und rauchfrei
- Gratis Bus / WLAN
- vorzügliche Küche

Jetzt erst recht – EVP Stadt Zürich gibt Gas!

EVP will Wahlgerechtigkeit mit Volksinitiative herstellen



Claudia Rabelbauer,
Präsidentin der EVP der
Stadt Zürich

Die EVP der Stadt Zürich hat die hohe Wahlhürde von 5% um knapp 2 Wähler verpasst und fliegt aus dem Gemeinderat raus. Dies ist für die Stadtpartei ein Schock, war die EVP doch über Jahrzehnte ständig im Rat präsent.

Auch die vielen wohlwollenden und tröstenden Worte aus allen Parteien zeigen, dass das engagierte und sachorientierte Politisieren und Vermitteln zwischen den Blöcken der EVP stets geschätzt wurde. Dies und die Tatsache, dass das Resultat trotz hoher Stimmbeteiligung so knapp ausgefallen ist, macht jedoch Mut. Für die EVP der Stadt Zürich ist klar – jetzt erst recht!

Stadtpartei lanciert Initiative gegen hohe Wahlhürde

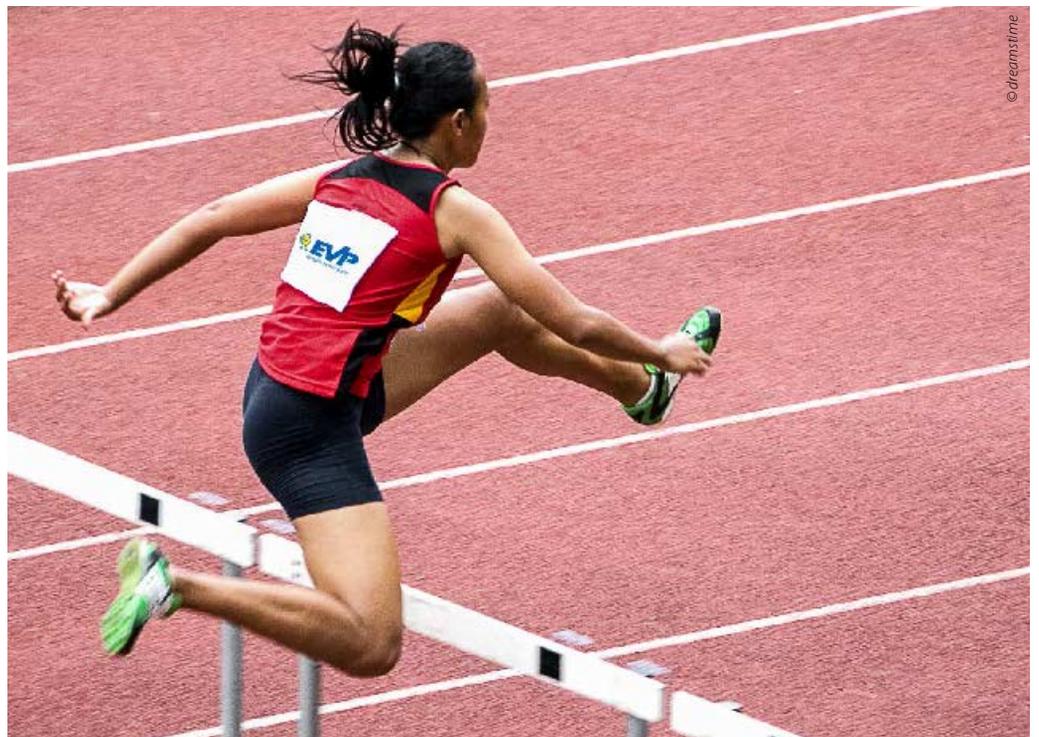
Das heutige Wahlsystem bevorzugt Parteien wie die AL, die in einem Wahlkreis eine Hochburg haben. Parteien wie die EVP, die in der ganzen Stadt breit vertreten sind, aber nirgends eine Spitze haben, werden benachteiligt. Das Wahlsystem nach Pukelsheim, das den Wählerwillen möglichst genau abbildet, wird durch die 5%-Hürde willkürlich untergraben. Am 9. Februar gingen so 5,6% Wählerstimmen der verschiedenen kleinen Parteien ganz verloren. Das heutige System wird zumindest diesen Wählern nicht gerecht. Deshalb setzt sich die EVP dafür ein, dass die künstliche und

absolut unnötige Wahlhürde abgeschafft oder zumindest massiv gesenkt wird.

Basis- und Aufbauarbeit

Zumindest einen Vorteil hat das Wahldebakel – die EVP der Stadt Zürich gewinnt Zeit! Diese Zeit nutzen wir, um für die kommenden Kantons- und Nationalratswahlen, wie auch für die nächsten Gemeinderatswahlen topp gerüstet zu sein! Zum

einen investieren wir Zeit und Engagement in unsere Parteibasis, die wir mit neuen Adressen und neuen aktiven Mitgliedern stärken wollen. Zum anderen besetzen wir Themen und politisieren vermehrt von der Strasse aus, um uns weiterhin in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Helfen Sie dabei aktiv mit!



Eine Initiative soll in Zürich die Wahlhürde auf 2% senken – so kann die EVP sie leicht überspringen

Adresse melden und gewinnen

Gewinnen Sie ein verlängertes Wochenende im Schwarzwald

■ DOMINIK SCHMID, STV. EVP-GESCHÄFTSFÜHRER,
MÄNNEDORF

Die Wahlen sind vorbei. Für Esther Kummer-Bodmer aus Oberrieden hat sich die Teilnahme doppelt gelohnt. Sie hat EVP gewählt und gewonnen.

Der Wettbewerb «Ich wähle EVP» stiess auf grosse Resonanz. Sehr viele Personen aus dem Kanton haben daran teilgenommen. Nun steht fest, dass Esther Kummer-Bodmer das Wochenende im Tessin gewonnen hat.

Zum Ausbau unserer Mitglieder- und Wählerbasis ist es wichtig, möglichst viele Menschen im Kanton über unsere Arbeit und Politik zu informieren. Ein wichtiges Organ ist in diesem Zusammenhang das EVPinfo. Helfen Sie mit, unseren Adressstamm zu vergrössern. Mel-

den Sie uns Adressen von Personen aus Ihrem Umfeld, die an der EVP-Politik interessiert sein könnten.

Verhelfen Sie Ihren Freunden zum EVPinfo

Unter allen Einsendungen verlosen wir ein verlängertes Wochenende für 2 Personen im Hotel Alla Fonte in Bad Krozingen. Während Ihrem Aufenthalt stehen Ihnen hoteleigene Fahrräder zum Erkunden der Region zur Verfügung, und zur Entspannung haben Sie drei Tage freien Eintritt zum Badepalast Vita Classica mit Saunalandschaft. Ausserdem können Sie eine Entspannungsmassage geniessen. Am Abend werden Sie mit einem Candlelight-Dinner mit feinen Getränken verwöhnt. Erleben Sie unvergessliche Tage im Schwarzwald.



Dieses Angebot wartet auf die Person, die den Wettbewerb gewinnt

Eine Teilnahme ist mit dem Wettbewerbston auf Seite 9 oder online über www.evpzh.ch möglich.

Das nationale Gesicht der EVP ist weiblich

Marianne Streiff und Maja Ingold: Zwei Frauen politisieren pragmatisch und unideologisch

THOMAS ILLI, WOLFHAUSEN

Mit Frauenpower bricht die EVP Schweiz ins Wahljahr 2015 auf: Die neue Parteipräsidentin Marianne Streiff und ihre Parlamentskollegin Maja Ingold bilden – ein Unikum unter der Bundeshauskuppel – eine hundertprozentige Frauenvertretung der Partei im Nationalrat. Wird die EVP weiblicher?

Ganz sicher werde sich das präsidiale Erscheinungsbild ändern, schmunzelt Marianne Streiff, die erste Frau an der Spitze der EVP Schweiz: «Meine Haare sind länger und dunkler, und Heiner Studers Vorliebe für kurze Hosen kann ich auch nicht teilen.» Die Lehrerin mit langjähriger Parlamentserfahrung hat im Gemeinderat von Köniz, im Berner Grossen Rat und im Nationalrat – natürlich – den Spruch schon gehört: «Als Frau musst du deine Sache doppelt so gut machen wie ein Mann». Aber auch den Zusatz: «Zum Glück ist das nicht so schwer.»

«Ich praktiziere und verlange Loyalität, Transparenz, Offenheit und Verlässlichkeit. Wer mit mir zusammenarbeitet, vernimmt das auch.» (Marianne Streiff)

Marianne Streiff schätzt sich als sehr teamorientiert ein, lässt aber keinen Zweifel daran, dass sie führt: «Ich fühle mich dann wohl, wenn sich auch das Team wohl fühlt.» Solche «Wärme» entstehe zuweilen auch aus Reibung. «Ich praktiziere und verlange Loyalität, Transparenz, Offenheit und Verlässlichkeit. Wer mit mir zusammenarbeitet, vernimmt das auch.» Frauen hätten nicht selten ein feines Gehör und Gespür für das, was zwischen den Zeilen steht.

Ein frauenpolitisches Ausrufezeichen hat Marianne Streiff schon einige Monate vor ihrer Wahl zur Parteipräsidentin gesetzt – mit ihrem Postulat «Stopp dem Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung.» Der Vorstoss verlangte vom Bundesrat eigentlich nur einen Bericht mit Entscheidungsgrundlagen für eine Diskussion über das skandinavische Modell, doch die Medien haben das Thema auf das «Prostitutionsverbot» verkürzt. «Die grosse mediale Wirkung tat der



Maja Ingold (links) und Marianne Streiff geben der EVP Schweiz in nächster Zeit das Gesicht

EVP und Marianne gut bezüglich Präsenz und Visibilität», konstatiert Nationalratskollegin Maja Ingold. Die Kehrseite der unbeabsichtigten Kampagne sei natürlich die Schlagzeile, die EVP wolle verbieten.

«Wenn ‚weiblicher‘ bedeutet, dass wir Frauen weniger programmatisch und mehr pragmatisch politisieren, dann trifft das sicher auf unsere neue Präsidentin zu», ist die Zürcher Nationalrätin Maja Ingold überzeugt. Als amtierende Parlamentarierin stehe sie den Themen und Problemen nahe, die in den Räten auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene gewälzt werden. «Das könnte die Parteispitze und die Basis besser zusam-

menbringen im Hinblick darauf, was wir als Partei überhaupt wollen.»

Marianne Streiffs Motivation für ihr politisches Engagement lag und liegt in den Menschen, besonders in den Kindern und Enkelkindern: «Was kann ich beitragen, dass die Welt kinder- und enkeltauglich ist?», fragt sie als Christin, Lehrerin und Familienfrau. Eine besondere Gleichstellungspolitik betreibe die EVP grundsätzlich nicht, ergänzt Maja Ingold: «Wir teilen aber auch nicht die Phobie vor der Gender-Ideologie, weil sie in der realen Politik eine untergeordnete Rolle spielt und wir einer nicht ideologischen Politik verpflichtet sind.»

ANZEIGE



A+

nur CHF 3'980.-
statt CHF 7'505.-

Preis inkl. MwSt., franko Haus geliefert,
exkl. Montage / VRG

A+++

HUWA AKTION

vom 24. März bis 4. Mai 2014

HUWA-WASCHTURM



R. HUNZIKER AG
Waschmaschinenfabrik
5728 Gontenschwil
www.huwa.ch

Die Kirche als verlässliche Partnerin für den Staat

Ein Gespräch mit Kirchenratspräsident Michel Müller

■ RENATE HERREN, REGENSDORF

Es war eine interessante und inspirierende Begegnung mit dem Kirchenratspräsidenten Michel Müller in seinem Büro an der Kirchgasse 50 in Zürich. Michel Müller sprach drei Bereiche zum Verhältnis von Kirche und Staat an: Historische Beziehung, Identität und Zukunftsperspektiven.

Die Reformierte Kirche und der Kanton Zürich stehen in einer historischen Beziehung zueinander. Von Anfang an verstanden sie sich nicht als gegensätzliche Bereiche, sondern als sich gegenseitig ergänzend. Heute steht die Kirche dem Staat als Partnerin zur Seite.



Kirchenratspräsident Michel Müller kämpft für eine gesellschaftlich relevante Kirche

Zuerst einmal ist sie verlässliche Partnerin für Identität. Was wäre Zürich ohne seine Kirchen? Das gilt vor allem für die Stadt Zürich. Allein schon die wunderbaren Kirchengebäude verleihen Heimatgefühl und Identität. Dann setzt die Kirche auch durch identitätsstiftende Gottesdienste sichtbare Zeichen. Diese sind unter anderem hilfreich für Einwanderer. Die Kirche wird zum Bindeglied zwischen Menschen verschiedener Herkunft.

Im Weiteren ist die Kirche eine verlässliche Partnerin für den Staat im Hinblick auf andere Religionsgemeinschaften, Katholiken, Orthodoxe, Freikirchen und auch nichtchristliche Religionen. Der «Interreligiöse Austausch» dient dem gegenseitigen Verständnis und trägt zum Religionsfrieden im Kanton bei.

«Ein Miteinander aller evangelischen Christen. Warum nicht?»

Der Staat braucht eine strukturierte und verlässliche Partnerin als Vermittlerin. Er kann viele Aufgaben, die die Kirche erfüllt, selber nur beschränkt wahrnehmen. Zu diesen Aufgaben gehört die Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen wie Gefängnis und Spital. Aber auch in Notfallsituationen und Katastrophen stehen Care-Teams der Kirche im Einsatz. Diese speziell ausgebildeten Personen unterstützen die örtlichen Einsatzkräfte. Der Kanton schätzt diese Unterstützung.

Heute wird die Reformierte Kirche oft als Kirche in der Defensive wahrgenommen (Mitgliederschwund). Michel Müller sieht darin eine Art Midlife-Krise, die, als Chance genutzt, neue Perspek-

tiven eröffnet. Die Kirche hat grosse Freiheiten, die sie ausschöpfen kann. Statt von der Vergangenheit her zu argumentieren, muss sie vorwärts schauen und ihre Kräfte bündeln. Das kann heissen, dass einzelne Gemeinden enger zusammenarbeiten, gewisse Aufgaben zusammenlegen und dadurch freie Kapazitäten gewinnen. Nicht jede Kirchgemeinde muss alles machen. Im Konzentrieren auf die eigenen Stärken entwickelt heute manche Kirchgemeinde ein neues Profil. Es ergeben sich Ergänzungen durch Nachbargemeinden. Michel Müller wünscht sich da und dort sogar eine Ergänzung auch durch anders geprägte Christen. Ein Miteinander aller evangelischen Christen. Warum nicht?

Würden evangelische Christen mehr zusammenarbeiten und würden sie sich den Aufgaben an der Gesellschaft mehr gemeinsam stellen, würde auch das «E», das sie verbindet, vom Staat und der Gesellschaft wieder vermehrt als ein starkes Zeichen wahrgenommen.

ZUR PERSON

Michel Müller, 1964, verheiratet, 3 Kinder, Kirchenratspräsident Evang.-ref. Kirche Kanton Zürich

Ich nehme am Wettbewerb teil

JA Ich möchte, dass auch folgende Person das EVPinfo erhält und nehme damit automatisch an der Verlosung teil.



Absender

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Neue Adresse

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Preis:

Gewinnen Sie drei Übernachtungen im Hotel Alla Fonte in Bad Krozingen, Schwarzwald. www.alla-fonte.de

Senden an:

EVPinfo, c/o EVP Kanton Zürich
 Josefstrasse 32, 8005 Zürich
 Fax 044 271 43 03
sekretariat@evpz.ch

Einsendeschluss:

31. Mai 2014

Revision des kantonalen Richtplans

Richtplan koordiniert widersprüchliche Interessen und Gruppierungen



Es freut die EVP, dass der Kanton sehr bewusst mit dem Siedlungsgebiet umgehen will

■ MARKUS SCHAAF, RÄMISMÜHLE/ZELL, UND GERHARD FISCHER, BÄRETSWIL, EVP-KANTONS RÄTE

Die letzte Totalrevision des Richtplans liegt bald 20 Jahre zurück. In Anhörungen konnten sich Regionen und Gemeinden mit ihren Interessen einbringen, bevor der Kantonsrat entschied.

Die Regionen wollen mehr Siedlungs- und Arbeitsplatzgebiete. Verkehrswege für Bahn, Auto und Velofahrer sollen besser ausgebaut werden, und jede grössere Ortschaft möchte gerne eine eigene Kantonsschule. Zudem sollen die Flächen für die produzierende Landwirtschaft geschützt und dem Naturschutz soll vermehrt Rechnung getragen werden. Solch unterschiedliche Wünsche galt es unter einen Hut zu bringen.

Beim Siedlungsgebiet war es für die EVP wichtig, dass in der Schlussbilanz kein zusätzliches Baugebiet festgesetzt wird. Es gab zwar Verschiebungen von künftigem Siedlungsgebiet, aber überall wo neues Siedlungsgebiet festgesetzt wurde, mussten anderorts mindestens gleich grosse Flächen daraus entlassen werden. So lässt sich positiv festhalten, dass trotz grossem Bevölkerungswachstum das Siedlungsgebiet in den letzten 20 Jahren nicht gewachsen ist. Der Kanton Zürich verfügt jetzt noch über Reserven für die nächsten 20 Jahre.

Beim Verkehr hätte die EVP-Fraktion gerne einige alte Planungsleichen entsorgt. Insbesondere sind das Strassenbau- und Tunnelprojekte, die von der betroffenen Bevölkerung nicht gewünscht werden oder schlicht nicht finanzierbar sind. Mit viel Ignoranz hat die Ratsmehrheit anders entschieden, frei nach dem Motto von

Mark Twain: «Verschiebe nicht auf morgen, was genauso gut auf übermorgen verschoben werden kann.»

Viel zu diskutieren gab beim Verkehr der Modalsplit. Dieser regelt, wie der Verkehrszuwachs künftig zwischen Öffentlichem Verkehr (öV) und motorisiertem Individualverkehr (MIV) verteilt werden soll. Die heutigen Vorgaben von je 50% sind praktisch erreicht. Die EVP forderte mit

einem öV-Anteil von 60% eine ambitionierte, aber massvolle Erhöhung. Leider erfolglos.

Viel zu reden gab der geplante Innovationspark. Die EVP unterstützt die Regierung bei ihren Bemühungen, einen Innovationspark von nationaler Bedeutung auf dem Gelände des heutigen Militärflugplatzes Dübendorf anzusiedeln. Die EVP ist jedoch der Meinung, dass dieser Prozess ordentlich geplant werden muss. Mit einem kurzfristig eingereichten Spontanantrag wurde jetzt – gegen den Willen der Regierung – ein Eintrag festgesetzt, welcher den Militärflugplatz Dübendorf als Standort für einen Innovationspark festsetzt, dies bei gleichzeitiger Weiterführung der Kleinfliegerei.

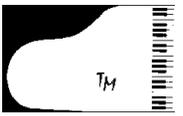
Beim Verkehr hätte die EVP-Fraktion gerne einige alte Planungsleichen entsorgt

In der Schlussbilanz zeigte sich die EVP-Fraktion zufrieden, dass der Kanton Zürich sehr bewusst und kontrolliert mit Siedlungsgebiet umgeht. Beim Verkehr hätten es gerne ein paar unrealisierbare Projekte weniger sein können, und im Umgang mit Naturschutzflächen und beim Gewässerschutz hätte sich die EVP vom Rat mehr Verantwortungsgefühl und Engagement erhofft.

ANZEIGE



Walter Kienast
 Marktgasse 66
 8400 Winterthur
 Tel. 052 202 15 21
 kienast-sport@bluewin.ch



Klaviere & Flügel

Stimmungen, Reparaturen
 Occasionen, Mieten, Expertisen;
 Rabatt für alle Mitglieder

Theo Meier (EVP Adliswil)

Klavierbaumeister, Konzertstimmer
 Finsterrütistrasse 32, 8134 Adliswil
 Tel 044 710 74 65 / 079 668 47 85
 Fax 044 710 77 38 / mail@klavier-meier.ch / www.klavier-meier.ch



p+swerbung

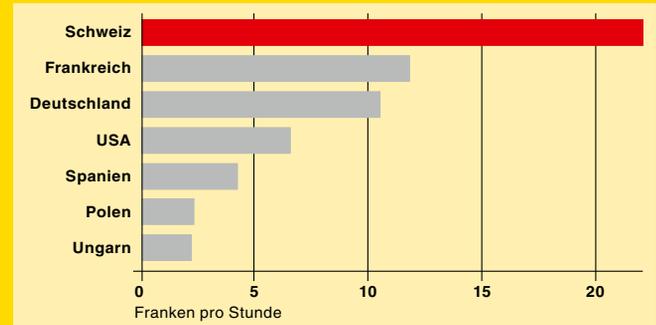
**DAMIT SIE DIE
 NÄCHSTE WAHL IHRER
 KUNDEN GEWINNEN**

**P+S. IHRE STARKE
 WERBEAGENTUR**

P+S Werbung AG 8184 Bachenbülach Tel. 044 864 40 40 www.pswerbung.ch

Lohndiktat

Weltweit höchster Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze



Die Folgen:

- Schwächere werden verdrängt
- Wiedereinstieg wird erschwert
- Teilzeitstellen werden abgebaut



**ZUM SCHÄDLICHEN
 MINDESTLOHN**

www.mindestlohn-nein.ch



Nachhaltig, behaglich bauen – mit Schuler Holzbausystem

Das von uns entwickelte und in Rothenthurm produzierte Massivholzsystem ermöglicht technisch, wirtschaftlich und gestalterisch hervorragende Holzbaulösungen für Neubauten, Aufstockungen und Anbauten. Auch astfreie Holzoberflächen, aus Schweizer Nadelholz, formaldehydfrei verleimt.
 Pius Schuler AG, 6418 Rothenthurm, Tel. 041 839 80 80, Kontakt: gerhard.gysel@pius-schuler.ch



beutterküchenag
 myKüche.ch

GEWERBE

PFISTER KUGLER & PARTNER

DIE PR-AGENTUR FÜR KOMMUNIKATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
 Aargauerstrasse 250, 8048 Zürich
 Tel. 044 365 30 90, info@pfister-kugler.ch

Baugenossenschaft Josefstrasse 32

Verwaltung der EVP-Liegenschaften
 Josefstrasse 32, 8005 Zürich
 Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03
 sekretariat@bgj32.ch, www.bgj32.ch

FOTO WELTI AG

Lindenplatz 4, 8048 Zürich
 Tel. 044 431 11 31, office@fotowelti.ch

saldor treuhand ag

Allmendstrasse 14, 8320 Fehraltorf
 Tel. 043 355 78 78, Fax 043 355 78 79
 www.saldor.ch, andreas.bieri@saldor.ch

P+S Werbung AG
 Grafik, Werbung, Beschriftungen
 Weieracherstr. 10, 8184 Bachenbülach
 Tel. 044 864 40 40, mail@pswerbung.ch

Opportunity International
 SCHWEIZ
 DEN ARMEN EINE CHANCE GEBEN

PFISTER KUGLER und PARTNER
 DIE PR-AGENTUR FÜR KOMMUNIKATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Unsere Dienstleistungen umfassen klassische PR-Aufgaben. Wir übernehmen auch die Betreuung der Geschäftsstelle Ihres Vereins, Ihrer Stiftung oder Interessensgemeinschaft – zugeschnitten auf Ihren Bedarf. Mit grossem Engagement realisieren wir Wahl- und Abstimmungskampagnen.

Aargauerstrasse 250, 8048 Zürich
 Tel: +41 44 365 30 90 • E-Mail: info@pfister-kugler.ch • www.pfister-kugler.ch

gndruck ag
 good news druck

Offsetdruck
Digitaldruck

Wir machen schön Druck!

Kasernenstrasse 4 T 044 860 61 40 info@gndruck.ch
 8184 Bachenbülach F 044 860 61 92 www.gndruck.ch

PAROLEN

Abstimmungen vom 18. Mai 2014

Bund

- JA** Gegenvorschlag VI «Ja zur Hausarztmedizin»
- NEIN** VI «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»
- NEIN** VI «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohninitiative)»
- STIMMFREIGABE** Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen

Kanton

- NEIN** VI «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)»
- STIMMFREIGABE** VI «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich»

Details: www.evpzh.ch (Wahlen/Abstimmungen)



AGENDA

Webadressierte Adressverwaltung

8. Mai, 18.15 Uhr
Zürich, Josefstrasse 32, EVP
Lernen mit den Funktionen des Webportals zu arbeiten

Velotagestour

8. Mai
Glarnerland
Auskünfte: Tina Aeschbacher,
tina.travelae@gmail.com

6. KMU-Forum

9. Mai, 15.00 Uhr
Wimmis BE, Wenger Fenster AG
Netzwerk für KMU-Mitglieder
Details: www.evpev.ch (Aktuell/Termine)

Umweltarena

16. Mai, 17.30 Uhr
Spreitenbach
Zentrale Themen Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit erleben

Abstimmungen

18. Mai
Stammtisch «Recht und Justiz»

2. Juni, 18.30 Uhr
Zürich, Rest. Zeughauskeller
Ungezwungenes Beisammensein

Stadtrundgang Zürich West

20. Juni, 18.00 Uhr
Züri-West, Bahnhof Hardbrücke (vor Coop)
Das Viadukt erleben

Delegiertenversammlung EVP CH

28. Juni, 10.00 Uhr
Ittigen BE, Haus des Sports
Details: www.evpev.ch (Aktuell/Termine)

Veloferien

29. Juni – 4. Juli
Radweg von Oberstorf nach Ulm
Auskünfte: Tina Aeschbacher,
tina.travelae@gmail.com

Delegiertenversammlung

2. Juli, 19.15 Uhr
Zürich, Sihlstrasse 33, Glockenhof
Abstimmungen 28. September

Wanderwoche

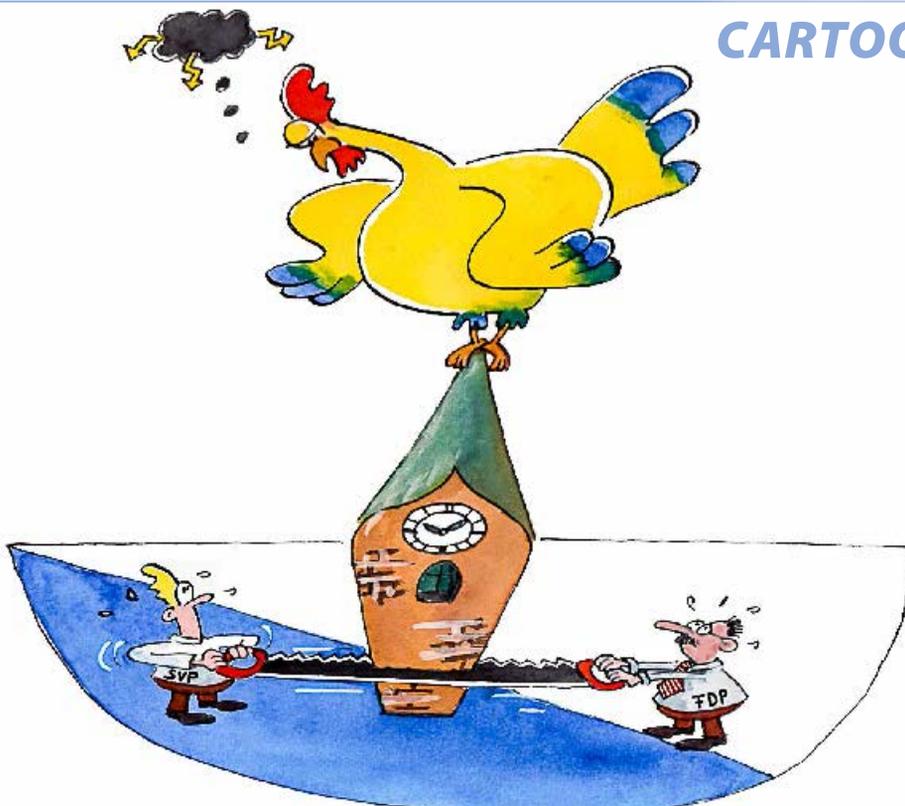
18. bis 22. August
Graubünden, Vorderrheintal
Auskünfte: Tina Aeschbacher,
tina.travelae@gmail.com

Delegiertenversammlung

26. August, 19.15 Uhr
Zürich, Sihlstrasse 33, Glockenhof
Abstimmungen vom 30. November

Weitere Details: www.evpzh.ch Termine
sekretariat@evpzh.ch, Tel 044 271 43 02

CARTOON



Die Jungfreisinnigen wollen mit Unterstützung der Bürgerlichen (einschliesslich EDU) den Kirchen die Steuern der Juristischen Personen streichen. Sie erschweren ihnen damit ihre sozialen und gesellschaftlichen Aufgaben. Danach solls halt der Staat – viel teurer! – richten. Dagegen wehrt sich der Guggel mit aller Kraft!

Impressum

Redaktion: Peter Reinhard (pr), Kloten. **Redaktionsteam:** Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Renate Herren (rh), Adlikon ZH, Thomas Illi (ti), Wolfhausen, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Peter Ritschard (pri), Zürich, Peter Schöppli (ps), Wädenswil, Dominik Schmid (ds), Männedorf, Margrit Wälti (mw), Henggart, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeiter/innen:** Hanspeter Amstutz (ha), Fehraltorf, Hanspeter Hugentobler (hh), Pfäffikon, Ruth Kleiber (rk), Winterthur, Claudia Rabelbauer (cr), Zürich, Markus Schaafl, Rämismühle/Zell, Daniel Sommer (dso), Affoltern a.A. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, www.evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, info@evpev.ch. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1.00. **Postkonto:** 87-467939-4. Auflage: Druck: 40900; WEMF-beglaubigt 36 673. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.